



FDP | 10.04.2015 - 17:45

---

### Hass und Gewalt einen Riegel verschieben



Bei einer geplanten Flüchtlingsunterkunft in Tröglitz sind die Flammen ausländerfeindlicher Gewalt wie zu Anfang der Neunzigerjahre wieder aufgelodert. JuLi-Chef Constantin Kuhle warnt vor einer Wiederholung der Geschichte. In einem Gastbeitrag für die "Huffington Post" fordert er ein Umdenken in der Politik, die Abschaffung des Arbeitsverbots für Asylsuchende und mehr Engagement von der Zivilgesellschaft für eine echte Willkommenskultur.

Gerade bei jüngeren Menschen müsse die Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz gestärkt werden, so Kuhle. Neben der Gesellschaft sei aber auch die Politik gefragt, betont er. Der Jungliberale ist überzeugt: Es braucht mehr Ehrlichkeit bei der Einschätzung von Flüchtlingszahlen und die gezielte Öffnung von Perspektiven für diejenigen, die in Deutschland heimisch werden. "Wenn wir Flüchtlingen bei uns mehr Chancen einräumen, dann werden diejenigen scheitern, die heute Hass säen", unterstreicht er.

Unter anderem sei das aktuelle Asylsystem in erster Linie auf Abschreckung statt auf Lebenschancen ausgerichtet. Überlange Asylverfahren, ein mangelhaftes Sprachkursangebot und das Festhalten an Sachleistungen statt Geldleistungen für Flüchtlinge würden dazu beitragen, den Alltag von Asylbewerbern eintönig zu machen und ihnen die gesellschaftliche Teilnahme zu erschweren.

### Für mehr Flexibilität und Innovation im System

Darüber hinaus müsse es einfacher werden, aus dem Asylverfahren heraus eine Perspektive zur Einwanderung zu eröffnen. "Es ist richtig, zwischen Flucht und Einwanderung zu trennen. Ein

Facharbeiter, der sich aus dem Ausland auf eine offene Stelle bewirbt, muss rechtlich und tatsächlich anders behandelt werden als eine Familie, die vor politischer Verfolgung flieht", betont Kuhle. Dennoch sei es nicht ausgeschlossen, dass es sich bei einem Flüchtling um eine hochqualifizierte Fachkraft handele. Für solche Lebensgeschichten brauche es mehr Flexibilität.

Außerdem verweist der JuLi-Chef auf die Vorteile einer dezentralen Unterbringung gegenüber "dem Zusammenpferchen traumatisierter Menschen in Massenunterkünften" und schlägt vor, Menschen, die Flüchtlinge bei sich aufnehmen möchten, diese Option zu ermöglichen. "Warum denken wir bislang kaum darüber nach, privaten Wohnraum auf freiwilliger Basis zur Flüchtlingsunterbringung zu nutzen? Hier sollte der Staat umdenken, Bürokratie abbauen und damit den Kontakt von Einheimischen zu Flüchtlingen schneller ermöglichen", fordert Kuhle.

---

**Quell-URL:**<https://www.liberales.de/content/hass-und-gewalt-einen-riegel-verschieben>